

Sozialdemokrat

Československá akademie
Praha II.
Hybernská ul. 7.

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Druckort u. Verwaltung: Prag II, Petrárkova 16 • Teleph. 20703, 31460, Nachdruck. (ab 21 Uhr): 33858 • Verlagsamt: 57544

13. Jahrgang.

Sonntag, 11 Juni 1933

Nr 136.

Zolltarif fertiggestellt. Verordnung dem Präsidenten vorgelegt.

Prag, 10. Juni. (Amtlich.) In der Samstag, den 10. Juni, nachmittags abgehaltenen Ministerratssitzung wurde auf Grundlage der Ergebnisse der Verhandlungen des ministeriellen Subkomitees und der Beratungen mit den Experten für Zollfragen der Entwurf der Regierungsverordnung über die Modifizierung des Zolltarifes der Tschechoslowakischen Republik genehmigt.

Es wurde beschloffen, diesen Vorschlag der Regierungsverordnung dem Präsidenten der Republik zur Unterzeichnung zu unterbreiten.

Verlegung des Parteivorstandes der Deutschen Sozialdemokratie nach Prag.

(Z. 3.) Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat am 2. Juni 1933 aus Prag ein Rundschreiben an die der Sozialistischen Arbeiter-Internationale angeschlossenen Parteien gerichtet. Die entscheidenden Stellen dieses Rundschreibens lauten:

Werte Genossen!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat angesichts der politischen Entwicklung in Deutschland beschloffen, seinen Sitz ins Ausland und zwar nach Prag zu verlegen. Wir bitten alle Bruderparteien, im Briefwechsel mit uns nur noch die oben angegebene Postadresse: „Sopade“, Prag-Karlín, Palackého třída 179, zu verwenden.

Nachdem durch die Sitzverlegung des Parteivorstandes die Hindernisse für eine entschiedene sozialistische und antifaschistische Propaganda beseitigt sind, werden wir diese Arbeit unerbittlich und mit allem Nachdruck in Angriff nehmen. Der Vorstand wird in den nächsten Tagen ein Manifest veröffentlichen, in dem er die wahre Situation in Deutschland aufzeigt und die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zum Hitlerregiment in Deutschland darlegt wird. Als offizielles Organ der deutschen Sozialdemokratie erscheint ab Mitte Juni der „Vorwärts“ als Wochenzeitung.

Wir bitten die Genossen unserer Bruderparteien, uns bei der Durchführung der vor uns liegenden schweren Aufgaben behilflich zu sein.

Zu gleicher Zeit meldet das Berliner V.D.Z.-Büro, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion habe am gestrigen Samstag in Anwesenheit der in Berlin befindlichen Mitglieder des sozialdemokratischen Parteivorstandes beschloffen, daß der Sitz des Parteivorstandes in Deutschland bleibt. Weiters berichtet das gleichgeschaltete V.D.Z.-Büro über den Sitzungverlauf, daß den Vorsitz in der Fraktion Löbe übernahm, da die Vorsitzenden Wels und Dr. Breitscheid, die sich im Ausland aufgehalten haben, zu dieser Sitzung „noch nicht“ hatten erscheinen können, daß aber Verhandlungen im Gange seien, um Wels und auch Braun die Rückkehr zu ermöglichen.

Zu dieser Meldung erfahren wir aus authentischer Quelle, daß solche Verhandlungen von den im Ausland weilenden führenden Genossen der deutschen Partei weder eingeleitet worden sind, noch daß sie solche Verhandlungen haben einleiten lassen. Die in Betracht kommenden reichsdeutschen Genossen denken gar nicht daran, in das Deutschland von heute zurückzukehren!

Zwei sozialistische Bürgermeister in Hitleria gewählt.

Bern, 9. Juni. (Insa.) Wie wir von gut unterrichteter deutscher Seite erfahren, sind am vergangenen Sonntag in zwei badischen Ortsgemeinden, Staufen und Leimen, mit Unterstützung des Zentrums und der Deutschen Nationalen zwei Sozialisten als Bürgermeister gewählt worden. Der Nazi-Kommissar hat selbstverständlich die beiden Gewählten sofort ihrer Ämter enthoben und Nazi-Bürgermeister eingesetzt. In den Hitler-Kreisen hat begrifflicherweise das Ergebnis der beiden Wahlen nicht wenig Aufsehen erregt und man spricht von einer „Provokation“ seitens der Zentrums- und deutschnationalen Wähler, die mit der Arbeiterschaft für die Sozialisten stimmten.

Stellt den Lügner!

Der Abgesandte der amtlichen Diebe, Herr Dr. Ley, hat sich in Genf nicht nur gegen seine Kennzeichnung als Gleichschaltungskommissar und gegen den gerechtfertigten Ausschluß der Faschisten aus den Ausschüssen gewehrt, sondern, dem Genossen Jauhauz antwortend, auch eine Einladung zur Besichtigung der Konzentrationslager ergehen lassen.

„Wenn Jauhauz von zehntausenden Menschen im Gefängnis spricht“, sagte Ley, „so meint er damit wohl die Verbrecher, die Forglers und die Anführer des Reichstagsbrandes. Wenn sich Jauhauz als Anwalt von Verbrechern aufspielen will, so ist dies seine Sache.“

Und Ley fügte hinzu, daß er für die Kosten einer Entsendung der ganzen Gruppe in die deutschen Konzentrationslager selbst aufkommen wolle.

Herr Ley muß entweder ein ganz großer Vorne mit einem entsprechend fetten Gehalt geworden sein, um über die zur Bezahlung einer so ausgedehnten Gesellschaftsreise notwendigen Mittel zu verfügen, oder die Freiheit besitzen, von vornherein mit einem Ablehnen seiner Einladung zu rechnen.

Aber man sollte den Lumpen, der, statt beschämt nach Hause zu schleichen, die ganze gestittete Welt auf neue herausfordert, beim Wort nehmen und also die internationale Genfer Tribune zum internationalen Tribunal machen! Man glaube nicht, daß eine solche Kommission all das Grauen, all die Unmenslichkeiten des Lagerlebens aufdecken, all die Selbstmorde der Häftlinge und die Erschießungen auf der Flucht“ erklären könnte. Aber sie könnte, die Persönlichkeiten der Häftlinge und die Ursache ihrer Festsetzung erhebend, Belege zu einem vernichtenden Bericht über den frechen Betrüger sammeln, der zur Schande

Deutschlands und der Welt in Genf seine Dreckschleuder in Bewegung setzen darf.

„Verbrecher“ und „Anführer des Reichstagsbrandes“ hat der Ley die Häftlinge genannt. Nun, in diesen Verbrechern zählt wohl der greise Genosse Auer, zählen wohl Kemmelle, Ossiecki, Zimmer-Breslau, Max Sodann, Kuhn, zählen die Advokaten und Ärzte, die Schriftsteller und Politiker, denen nichts anderes vorgeworfen werden kann, als eine freche Lüge und fortgeschrittene Gefinnung? Zu diesen Verbrechern zählen wohl all die ungefähr 60.000 Menschen,

die sich heute noch in den Folterlagern des deutschen Faschismus befinden und zum Teil schon auf ewig stumm gemacht wurden?

Die Unterlassungsfünde, die Jauhauz in Genf dadurch beging, daß er nicht gleich sagte, die Anführer und Ausführende des Reichstagsbrandes sind, von den Lagerwachen abgesehen, nicht in den Konzentrationslagern zu finden, sondern treten unter anderem auch als „Deutsche Arbeitervertreter“ auf der Internationalen Arbeitskonferenz auf, die eheste Sunnengestaltung verbodnietischend — diese Unterlassungsfünde läßt sich nur dadurch wieder gutmachen, daß man Herrn Ley stellt, daß man ihn beim Wort nimmt.

Wohlan, prüft, wer sich in den Konzentrationslagern befindet, und sprecht dann vor dem internationalen Genfer Forum wieder mit ihm. Der Mann, der die unglücklichen und unschuldigen Konzentrations-Häftlinge als Verbrecher beschimpfte, könnte keine Berufung mehr einlegen gegen den Richterspruch der Welt, der ihn und seinegleichen als die erbärmlichsten und zugleich grandiossten Verbrecher entthüllte, die jemals den Frieden der Welt und die Kultur der Menschheit bedrohten!

Genfer Debatte über die 40-Stunden-Woche.

Der Nazi-Vertreter betreibt Verschleppungstaktik.

Genf, 10. Juni. In ihrer heutigen Plenarsitzung eröffnete die internationale Arbeitskonferenz die allgemeine Debatte über die 40-stündige Arbeitswoche auf Grund des von der vorbereitenden Konferenz heuer im Jänner in Genf ausgearbeiteten Berichtes. Die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche wird als Mittel zur Verringerung der Arbeitslosigkeit durch Erhöhung der Arbeitsmöglichkeit vorgeschlagen. In ihrem endgültigen, mit 41 gegen 22 Stimmen angenommenen Beschluß hatte die vorbereitende Konferenz anerkannt, daß die Verkürzung der Arbeitszeit die Herabsetzung der Arbeitslosigkeit herbeiführen kann, und sie empfahl die Regelung der Arbeitszeitsfrage auf internationaler Grundlage.

Die Konferenz kann dieses Problem entweder durch Unterbreitung eines Fragebogens an die Regierungen oder im Interesse einer rascheren Lösung durch direkte Anwendung der drei Vorschläge auf internationale Lösung der Arbeitszeitheraufhebung lösen.

In der allgemeinen Debatte erklärte der Arbeitgebervertreter Dersted, daß mit Aus-

nahme des italienischen Delegierten die ganze Arbeitgebergruppe den Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit ablehne.

Der deutsche Regierungsdelegierte Mansfeld führte aus, daß die Berliner Regierung auf den Vorschlag der Arbeitszeitverkürzung nicht eingehen könne, solange nicht die praktischen Ergebnisse der Weltwirtschaftskonferenz in London bekannt sein werden. Mansfeld ist der Ansicht, daß es notwendig sei, den Regierungen vorerst einen Fragebogen über dieses Problem zuzusenden.

Namens der französischen Arbeiter kritisierte Jauhauz sehr scharf die Ansichten der Arbeitgebergruppe über die 40-Stundenwoche. Der Vorschlag bedeute eine gesunde Reform, die die Arbeitslosigkeit beseitigen werde. Es sei notwendig, gegen die Arbeitslosigkeit, die eine Folge der industriellen Rationalisierung sei, Maßnahmen zu ergreifen. Ein Teil der Krise sei durch die Arbeitgeber verursacht worden, die nicht genug voraussichtig waren.

deutsches Geld ankaufen. Auf Anfrage wird uns seitens der Bankenvereinigung mitgeteilt, daß diese Maßnahme, die nicht nur vorübergehenden Charakter trage, ihren Grund habe in der völligen Unsicherheit der Entwicklung der deutschen Währung; man rechne außerdem damit, daß binnen kürzester Frist die deutschen Banknoten eingezogen und gegen neue Stücke eingetauscht werden. Für diese neuen Noten aber sollen die scharfen Ausfuhrbestimmungen auch dann Geltung haben, wenn die Noten von ausländischen Inhabern präsentiert werden, so daß die deutschen Banknoten für die fremden Staaten mehr oder minder wertlos zu werden beginnen.

Pariser Banken verweigern Einlösung deutscher Reichsmark!

Paris, 9. Juni. Als Antwort auf die Proklamierung des deutschen Moratoriums für Transferrahlungen verweigern die Pariser Banken übereinstimmend seit heute morgen die Annahme und die Einlösung von deutschen Banknoten. Der Wechselverkehr beschränkt sich auf die Büros der internationalen Reisegesellschaften, die in beschränkter Menge und zu bedeutend gesenkten Kursen (50 Franken gegen 604 Franken für 100 Reichsmark)

Die Weltwirtschaftskonferenz.

Montag, den 12. Juni, tritt in London die seit der Laujaner Konferenz im Juli 1932 in Aussicht genommene und immer wieder verschobene Weltwirtschaftskonferenz zusammen. Sie hat den Zweck, den Kampf gegen das wirtschaftliche Chaos in der Welt international zu organisieren — ein Versuch, dem nach den Enttäuschungen, die man mit der Abrüstungskonferenz erlebt hat, mit den größten Zweifeln begegnet werden muß.

Die schwerste Krise, welche der Kapitalismus in den mehr als hundert Jahren seines Bestehens durchmacht, hat im abgelaufenen Winter ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht. 30 bis 35 Millionen Menschen arbeitslos, aus der Produktion ausgeschaltet, d. h. 100 bis 150 Millionen Menschen dem Hunger und Elend preisgegeben, dem Nichts gegenüberstehend! Dazu kommen Millionen von Kurzarbeitern, viele, viele Millionen mit herabgesetzten Löhnen und Gehältern! Die Welt ist nicht mehr in stande, Millionen von Menschen zu ernähren und zu bekleiden. Nicht weit die Möglichkeit zur Produktion fehlt. Im Gegenteil! Es gibt auf Erden nicht nur Brot, sondern Fleisch und Baumwolle, Wolle und Eisen, Zement und Ziegel für alle Menschenkinder! Mitten im Ueberfluß an Brot verhungern die Menschen, im Ueberfluß an Baumwolle laufen sie in Fellen herum. In den Vereinigten Staaten lagerten 1932 sechs Millionen Bushels Weizen unverkäuflich in den Magazinen, in Kanada wurden zwei Millionen Bushels verbrannt, in Australien wurden Tausende von Schafen getötet, damit die Fleischpreise steigen, die bretonischen Fischer schütten die Feringe ins Meer zurück, in Ägypten wird Baumwolle verbrannt, in Brasilien Kaffee vernichtet — der Wahnsinn des Nebeneinanders von Ueberfluß und Hunger ergreift die Welt immer mehr, die kapitalistische Ordnung wird immer mehr erschüttert, die Grundlagen der menschlichen Gesellschaft werden von Tag zu Tag mehr untergraben, das ganze Leben der Gesellschaft, der Weiterbestand der Zivilisation stehen in Frage, zumal sich die Schatten eines neuen Weltkrieges immer mehr auf die Menschheit senken.

Die Staatsmänner und Wirtschaftspolitiker, die morgen in London zusammentreten, wollen an den Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft nichts ändern, sie wollen dem alterschwachen Kapitalismus nicht den Gnadestock geben. Sie wollen nur einige internationale wirtschafts-probleme einer Lösung zuführen, damit die Welt wieder Atem holt und die Weltwirtschaft ein wenig belebt wird. Welches sind diese internationalen Wirtschaftsprobleme, die auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft — wenigstens auf einige Zeit — gelöst werden können?

In der Laujaner Konferenz vom Juli 1932 wurden zwar Deutschlands Reparationen, die bis dahin etwa zwei Milliarden jährlich betragen hatten, fast zur Gänze (bis auf den Rest einer Gesamtkapitalsumme von drei Milliarden Mark) gestrichen, dagegen gelang es nicht, eine Lösung für die übrigen internationalen Schulden zu finden. Europa ist Amerika etwa 25 Milliarden Dollar schuldig, es muß jährlich über eine halbe Milliarde Dollar (15 Milliarden K!) Zinsen an Amerika zahlen. Diese Schulden kann ein durch die Weltwirtschaftskrise zerrüttetes Europa nicht ertragen. Die Zahlung der Schulden kann nur in Gold oder in Waren erfolgen. Gold können die europäischen Staaten nicht abführen, weil sonst ihre Währungen zusammenbrechen, und in Waren können sie nicht bezahlen, weil Amerika sich durch hohe Zollmauern gegen die Einfuhr europäischer Waren absperrt, damit es den inneren Markt seiner eigenen Industrie erhält. Die Amerikaner möchten gerne alles bezahlt haben, was ihnen Europa schuldet, wollen

aber den Europäern nichts ablaufen, unterbinden also die einzige Möglichkeit, daß Europa seinen Verpflichtungen nachkomme. Hohe Zölle sind für einen Gläubigerstaat eine Unmöglichkeit, das Problem der Schuldzahlung stößt auf die Schranken hoher Zölle.

Dazu kommt noch ein zweites auf kapitalistischer Basis kaum lösbares Problem. Infolge der Wirtschaftskrise ist die Ausfuhr aller Staaten zurückgegangen. Das bringt die Gefahr mit sich, daß die Einfuhr stärker wird als die Ausfuhr und so die Zahlungsbilanz der Staaten gefährdet wird, ihr Vorrat an fremden Devisen zusammenschmilzt und ihre Währung in Gefahr gerät. Aus diesem Grunde drohen fast alle Staaten ihre Einfuhr dadurch, daß sie die Devisen bewirtschaften und damit die Einfuhr einschränken. Da aber die Einfuhr der einen die Ausfuhr der anderen ist, leidet durch die Bewirtschaftung der Devisen die landwirtschaftliche Ausfuhr ebenso wie die Exportindustrie und so wird die Agrar- und Industriekrise noch gesteigert, die Arbeitslosigkeit vermehrt. Die meisten Staaten sind in folgendem Dilemma: Geben sie die Einfuhr frei, dann zerrütten sie die Währung, wollen sie die Währung schützen, dann müssen sie den Außenhandel droffeln. Die Währungspolitik erschlägt die Wirtschaft.

Welches sind nun die Auswege aus diesen zwei Hauptschwierigkeiten, die wir hier dargelegt haben?

Europa kann seine Schulden nicht bezahlen. Die einfachste Lösung wäre die Streichung der Schulden, was aber in einer kapitalistischen Wirtschaft nicht möglich ist. Man wird sich also bestenfalls mit einer Herabsetzung der Schulden begnügen. Aber auch die herabgesetzten Schuldzinsen können die Schuldnerstaaten nur dann bezahlen, wenn sie Waren exportieren, und sie können Waren nur ausführen, wenn die Gläubigerländer die Zölle herabsetzen. Nur durch den Abbau der Zölle — dessen Vorläufer ein Zollwaffenstillstand sein soll, d. h. die jetzigen Zölle sollen vom 12. Juni an nicht mehr erhöht werden (deswegen führt die Tschechoslowakei die Erhöhung noch knapp vor Torschluss durch) — kann das Schuldenproblem gelöst und die Zahlungsbilanz der Schuldnerländer ins Gleichgewicht gebracht werden.

Das ist auch die Voraussetzung zur Wiederherstellung der Währungen. Die Vorschläge, durch Schaffung eines internationalen Geldes die Währungsunsicherheit zu beseitigen, gehen an dem Kern des Problems vorbei. Die Hauptsache ist nicht die Schaffung einer internationalen wertbeständigen Währung, sondern die Wiederherstellung des Gleichgewichts in der Zahlungsbilanz. Die Währungen der einzelnen Länder würden nämlich gegenüber der internationalen Valuta ebenso entwertet werden, wie jetzt, wenn die Zahlungsbilanzen der Länder weiter passiv wären. Das Gleichgewicht zwischen Ein- und Ausfuhr läßt sich nur herstellen durch Kapitalbeileistung an kapitalarme Länder und Erweckung und

Förderung von deren Produktivkräften, wodurch die Länder mehr gewinnen, als sie an Zinszahlungen verlieren würden.

Allerdings wäre auch das — Zollabbau der Gläubigerländer, Verfestigung des Gleichgewichts der Zahlungsbilanz der Schuldnerländer — nur eine Injektion für den kranken Körper der Weltwirtschaft, die ihm keine dauernde Gesundung bringen kann. Die gleichzeitige Ueberfülle an Gütern und die Not von Millionen können nicht von selbst beseitigt werden, sondern die Anpassung der Produktion an den Konsum kann nur in einer plan-

mäßig organisierten Weltwirtschaft erfolgen. Träger dieser Umwandlung kann aber nicht die Nutznieherin der kapitalistischen Anarchie, die Bourgeoisie, können nicht die meist bürgerlichen Regierungen sein, deren Vertreter sich morgen in London versammeln, sondern kann nur das Proletariat sein. Erst eine Weltwirtschaftskonferenz proletarischer, sozialistischer Regierungen würde eine geordnete Weltwirtschaft ausbauen und die Menschheit aus Krisennot und Krisenelend hinausführen.

Pressediktor Dollfuß.

Er allein kann die ganze oppositionelle Presse mundtot machen!

Wien, 10. Juni. (Eigenbericht.) Die österreichische Regierung hat auf Grund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes eine neue Presseverordnung erlassen, die bestimmt, daß unter gewissen Umständen der Bundeskanzler verordnen kann, daß eine Zeitung weder auf der Straße, noch durch Zeitungsverleiher verkauft, noch auf einem anderen Wege, als durch die Post ins Haus zugestellt werden darf. Diese Verfügung kann sich auf einen Zeitraum von drei Monaten erstrecken. Ist eine solche Maßnahme über eine Zeitung verhängt, dann muß während dieser Zeit für die Postzustellung die doppelte Versandkostengebühr entrichtet werden.

Praktisch bedeutet diese Maßnahme die Unterbindung der Verbreitung der betroffenen Zeitung. Diese Maßnahme kann verhängt werden, wenn eine Zeitung wegen Hochverrats, Störung der öffentlichen Ruhe, Religionsstörung, Aufwiegelung, Aufreizung zu Feindseligkeiten gegen Nationalitäten, Religionsgesellschaften usw., Beleidigung einer gesetzlich anerkannten Kirche, Herabwürdigung der Ehe, Familie, des Eigentums, Guthetung ungesetzlicher Handlungen und schließlich wegen Verbreitung falscher beunruhigender Gerüchte oder Vorhersagen beschlagnahmt wurde. Sie kann ohne weiteres verhängt werden, wenn die Zeitung vor dem

Geltungsbereich dieser Verordnung bereits zweimal wegen dieser Delikte konfisziert wurde.

Da die „Arbeiter-Zeitung“ und das „Kleine Blatt“ wie die meisten übrigen oppositionellen Zeitungen bereits zweimal wegen Aufwiegelung beschlagnahmt wurden, kann der Bundeskanzler nunmehr bei einer neuerlichen Beschlagnahme ohne weiteres über sie diese Maßnahmen verhängen; es hängt dies allein von seiner persönlichen Entscheidung ab!

Wir sind sehr neugierig, in welcher Aufmachung diese neueste Verordnung des Herrn Dollfuß etwa von unserer „Deutschen Presse“ gebracht werden wird, die sich an schreienden Titeln über die kürzlich im Prager Parlament eingebrachte Klein-Verfassungsvorlage und die Novellierung des § 34 des Schutzgesetzes allerhand leistete. Vielleicht sind die Herrschaften auch so nett, einmal die Bestimmungen der Vollstreckungsverordnung mit den bei uns vorgeschlagenen Änderungen kritisch zu vergleichen. Vielleicht wird dann der Sprecher der deutschen Merkmalen in der bevorstehenden Pressedebatte im Parlament in der „Verteidigung der Pressefreiheit“ sein Mundwerk etwas weniger weit aufreißen!

eine große Anzahl von Flugzetteln, deren Beschlagnahme bereits verfügt worden war.

Der „Völkische Beobachter“ auf ein Jahr verboten.

Wien, 10. Juni. Wie amtlich verlautbart wird, hat die Bundesregierung auf Grund des Pressegesetzes die Verbreitung des „Völkischen Beobachter“ in Oesterreich auf die Dauer eines Jahres verboten.

„Auf der Flucht“ erschossen!

Essen, 10. Juni. Der Strafgefangene Karl Lottes, der heute früh „wedd Aufklärung weiterer Verbrechen“ zur Gegenüberstellung mit einem anderen Kommunisten vorgeführt wurde, machte einen Fluchtversuch (?) und wurde hierbei erschossen. Lottes, der Kommunist ist, und am 28. April 1928 den SA-Mann Gottlieb Thomas erschossen hatte, war wegen Landesfriedensbruchs und Hochverrats verurteilt worden. Gegenwärtig verbüßt er eine Gefängnisstrafe wegen gefährlicher Körperverletzung und Gefangenensbestrafung.

Miliz statt Söldnerheer.

Wien, 10. Juni. Bizekanzler Winkler kündigte gestern in einer Versammlung eine bevorstehende Aenderung des österreichischen Wehrsystems an. Er sagte: Ich stehe mich, Ihnen mitteilen zu können, daß Oesterreich in Bälde eine Miliz an Stelle des bisherigen Söldnerheeres haben wird. Die diesbezüglichen Verhandlungen verlaufen erfolgreich.

Die angekündigten Maßnahmen gegen die Nationalsozialisten wurden, wie die Blätter melden, bis zur Rückkehr des Bundeskanzlers aus London verschoben, teils den zuständigen Ministern überlassen.

2 Millionen Naziflugblätter beschlagnahmt

Im 5. Bezirke wurden von einem Lastauto Pakete abgeladen und in die Räumlichkeiten eines dort wohnhaften nationalsozialistischen Parteigängers gebracht. Die Polizei erfuhr davon und hielt eine Nachschau. Hierbei wurden dortselbst über zwei Millionen nationalsozialistische Flugblätter vorgefunden. Es befindet sich unter diesem Propagandamaterial

Das „kleine Pressegesetz“.

Von Dr. Egon Schwellb.

Die Regierung hat im April des Vorjahres dem Abgeordnetenhaus den Entwurf eines Pressegesetzes vorgelegt, welches einheitlich und systematisch das ganze Presserecht der Tschechoslowakischen Republik auf moderner Grundlage regeln sollte. Er wurde an dieser Stelle ausführlich besprochen. Die politischen Ereignisse der letzten Monate haben nun unserer Zeit die Eignung zu einer großen und freiheitlichen Modifikation des Pressegesetzes genommen und der Verfassungs- und Rechtsausschuss des Abgeordnetenhauses hat Recht daran getan, wenn er unter den gegenwärtigen Verhältnissen davon Abstand nahm, die parlamentarischen Arbeiten an einer umfassenden Neugestaltung des Pressegesetzes fortzuführen. Zeiten, wie die heutige, wo die demokratischen Freiheitsrechte in einer ganzen Reihe von Staaten vernichtet oder bedroht sind und wo auch bei uns die Demokratie sich gegen den Faschismus durch Sondergesetze wehren muß, schaffen nicht die Stimmung zu einer großzügigen, freiheitlichen Reform. Eine Zeit, in der das Schutzgesetz und das Gesetz über außerordentliche Verfügungen verschärft wird, ist kein geeigneter Zeitpunkt für eine Modifikation der Pressefreiheit.

Es ist also zu begrüßen, daß das Abgeordnetenhaus sich darauf beschränkt hat, nur einige Partien, deren Behandlung es für dringend hielt, aus dem Pressegesetzentwurf herauszunehmen und zu einem „Gesetz, mit welchem die Pressegesetze geändert und ergänzt werden“, zusammenzufassen. Mit den Bestimmungen dieses „kleinen Pressegesetzes“ wollen wir uns im folgenden befassen:

Kolportage.

Das geltende Pressegesetz kennt, wie bekannt, keine Kolportagefreiheit. Das Hausieren mit Druckschriften, das Ausrufen, Verteilen und Zeilbieten derselben außerhalb der hiezu ordnungsmäßig bestimmten Lokalitäten ist nach § 23 des Pressegesetzes verboten und strafbar. Wenn auch dieses Verbot in der Regel nicht eingehalten wird, ist es doch geltendes Recht und wird von den Behörden gegen mißliebige Zeitungen oft angewendet.

Demgegenüber führt § 1 des kleinen Pressegesetzes grundsätzlich die Kolportagefreiheit für Zeitungen und Zeitschriften (periodische Druckschriften) und für nichtperiodische Druckschriften (Broschüren) bis zu einem Umfang von einem Druckbogen (nicht auch für größere Werke) ein. Diese grundsätzliche Freiheit der Kolportage wird allerdings dadurch eingeschränkt, daß von der Landesbehörde resp. bei ausländischen Druckschriften vom Innenministerium im Einvernehmen mit dem Außenministerium die Kolportage solcher Druckschriften verboten werden kann, die direkt oder indirekt die Selbstständigkeit, die verfassungsmäßige Einheit, die Integrität, die demokratische republikanische Staatsform oder die demokratische Ordnung (Fäd) der Republik unterwühlen oder schmähren oder welche die Sittlichkeit grob verletzen.

Darüber hinaus kann (diese Bestimmung gilt nur bis zum 30. Juni 1935) die Kolportage einer Druckschrift verboten werden, welche die öffentliche Ruhe und Ordnung bedroht, insbesondere durch ihren unwahren oder die Wahrheit entstellenden Inhalt.

Es läßt sich nicht in Abrede stellen, daß die Behörde eine weite Möglichkeit zu Verboten hat. Da aber das heutige Recht die Kolportage aller Zeitungen verbietet, kann man in den neuen Be-

Eine Beichte.

Von Theodor Plibler.

(Schluß.)

Da drückte ich ab, zweimal hintereinander. Er läuft noch, aber dann bleibt er stehen. Er sieht mich an und bewegt den Mund: ich denke, er will sprechen, doch er sieht mich nur an.

Ein Mensch wie ich, ein Matrose in der gleichen Uniform. Und ich knie da, mit der rachsüchtigen Pistole in der Hand, und ich sehe, wie er seine Arme in die Luft wirft, und mit dem ganzen Oberkörper eine Bewegung macht. Dann fiel er um, nach hinten.

Ich verstehe das nicht: es wurde geschossen, es knallte: der ganze Platz tobte... dabei hörte ich ganz deutlich, wie er aufs Pflaster hinschlug.

Das Geräusch vergesse ich nie. Das war der Augenblick, wie ich aufspringen wollte und dem Bremer eine runterhauen. Ja, das muß ich ebenfalls sagen, das fing schon damals an, das Vertuschen meiner Schuld: der Bremer muß reingehalten haben. Wie hätten seine Schüsse sonst so nahe an meinem Kopf vorbeischießen können... „Du Hund!“ sage ich zu ihm.

Und alle sehen ihn an. Ich weiß nicht, ob noch viele aus dem gleichen Grund wütend auf ihn waren. Aber ich glaube es nicht, — fast 300 Schuß haben wir abgegeben, aber nur acht Tote und neunundzwanzig Verwundete blieben auf dem Platz. Die meisten haben wohl in die Luft gefeuert.

Der Leutnant hat von dem Zwischenfall mit dem Bremer nichts bemerkt. Er befiehlt, einen neuen Ladestreifen einzuschieben und die Pistolen fertigzumachen.

Die Menge hat sich wieder gesammelt. Aus allen Seitenstrassen drängen sie heran, aber wie vorher, nur zögernd und mehr von hinten geschoben.

Vor mir auf dem Pflaster liegt der Matrose. Du schießt nicht mehr, sage ich zu mir, — sollen sie dich auf Festung schicken, sollen sie dich an die Wand stellen!

Und so fühlen auch die andern. Wieder kommandiert der Leutnant „Feuer!“. In unseren Reihen knallt es nur noch vereinzelt.

Dieses Knien mit der angelegten Waffe, dieses Hineinstarren in die Masse, die näher kommt, — ich weiß nicht, wie lange das alles dauerte, ich hatte vergessen, daß ich mich mitten auf einem Platz befand, ich war wie ein Stein.

Und plötzlich sehe ich: der Leutnant ist vollständig verdeckt von Fäusten und Stößen, dazwischen ein Gewehrkolben. Nur sein Degen schwankt über der Menge. Ich springe auf und laufe zum Bürgersteig, um ihm beizustehen. Die von uns Niedergetraffenen hatte ich vergessen; nur ein Kameradschaftsgefühl zum Leutnant, der doch zu uns gehörte, trieb mich.

Sie haben ihn nicht geprügelt: sie haben ihn einfach niedergelassen und erschlagen. Und die Matrosen haben das allein getan, — von einem Werftarbeiter bekam er einen Stoß, daß er umfiel.

Da kommt ein alter Obermaat auf mich zu. „Junge, schmeiß das weg!“ sagt er zu mir. Wie ein Vater sagt er das.

Ich greife nach dem Koppelschloß, es springt auf und fällt samt Seitengewehr und Patronentasche in den Muffstein. Die Pistole werfe ich hinterher.

Jetzt erst fallen mir meine Kameraden ein. Aber sie waren alle getötet.

Ganz allein sehe ich unter den vielen Menschen auf dem Platz. Ich sehe einen Ver-

wundeten, der seine Arme über die Schultern von zwei Matrosen gelegt hat und sich mühsam weitersehleppt. Eine Gruppe trägt einen Toten an mir vorbei. Mir ist, als müße ich helfen oder wenigstens hinter dem Zug hergehen.

Aber dann erfahre mich die Angst. Vorher hatte ich gar keine Zeit, an Angst zu denken. Und jetzt fing ich zu laufen an, — nur weg von dem Platz. Bis ich plötzlich vor einem Offizier stehe, vor unserem biden Hauptmann.

Ich reiße die Knochen zusammen. Doch da sehe ich, daß er vor mir, ich muß wild ausgehen haben, einen wahren Schreck bekommt. Er starrt mich an — mein aufgeschlossenes Halsstuch, meinen offenen Leberzischer, die Stelle wo das Koppelszeug fehlt. Da bin ich wie umgewandelt und brülle ihn an: „Leutnant Steinhäuser ist totgeschlagen worden. Von den Matrosen, 5000 oder 10.000 Mann. Ich weiß nicht...“

Ich denke, jetzt geht er die in Reserve liegende Kompanie alarmieren, die „alten Leute“, die er noch tags zuvor geschliffen hat. Aber er sagt nur: „Kommen Sie!“ läuft neben mir her und legt gar keinen Wert darauf, daß ich die vorgeschriebenen fünf Schritte hinter ihm bleibe. Ich fange recht zu laufen an, damit er noch mehr außer Atem kommt. Er kann vor Angst gar nicht rasch genug zur Kaserne kommen.

„Totgeschlagen?“ leucht er immer wieder. „Ja,“ sage ich, beinahe schadenfroh, „totgetreten, ich habe es selber gesehen!“

Ich freue mich plötzlich, daß die Volksmenge den Platz behauptet hat. Zum ersten Male fühle ich, daß ich eigentlich dazu gehöre. Aber zugleich quält mich der Gedanke: Ich bin ja für immer ausgeschlossen, die Kameraden müssen mich ja wie Auowurf betrachten, wenn erst bekannt wird, was ich getan hab.

Ich wußte noch nichts von der Großmut des Volkes. Wir wurden zwar am nächsten Tage vom Soldatenrat auf die „Nymphe“ verlegt, aber dort waren die Kameraden alle gut zu uns, und wir freuten uns alle, daß es endlich soweit war.

Damals war ich natürlich noch lange kein Roter, das kam erst später, aber die Offiziere hatten bei mir ausgespielt, der blinde Glaube an die Autorität war tot.

Als wir in der Kaserne angekommen waren und der Hauptmann mich in das Zimmer des Kommandanten hineinrief, habe ich diesen Mann mit dem kleinen grauen Spitzbart und den vielen goldenen Vermeilstreifen angesehen und bei mir gedacht: der ist schuld, daß ich auf Kameraden geschossen habe.

Zuerst habe ich ihm noch ganz richtig geantwortet und den Hergang erzählt, aber dann habe ich nicht mehr an mich halten können und ihn angeflucht:

„Wenn die alten Leute nicht gehen wollten, da hätten Sie uns erst recht nicht schicken dürfen! Hätten Sie doch Offiziere hingestellt!“

Mehr wollte er nicht hören. Er hat mich sofort hinausgeschickt.

Aber das eine weiß ich, nie hätte ich den Mut aufgebracht, so mit ihm zu sprechen, ohne die Taten an der „Hoffnung“, ohne dieses Gesicht, dieses Gesicht von...“

Er zögert, den Namen auszusprechen. „Schorsch“, füge ich ein. „Ich werde es nie gut machen können.“

Es bleibt eine Weile still. „Aber wenn ich einmal an derselben Stelle stehe, wenn ich einmal dasselbe tun kann, wie er...“

Dann hast Du getan, was Du kannst, Genosse.“

stimmungen eine Verschärfung des geltenden Ge-
setzes nicht erbliden.

Die Kolportage ist nach den neuen Bestim-
mungen in militärischen Ubitationen und in sol-
chen Schulen verboten, welche von Perso-
nen unter 18 Jahren besucht werden. Auch in der
nächsten Nähe von Kasernen darf nicht kolpor-
tiert werden, ebensowenig in der nächsten
Nähe von Schulen mit Schülern unter achtzehn
Jahren zur Zeit, wenn die Schulschule in die
Schule geht oder sie verläßt. Die Kolportage vor
den Hochschulgebäuden ist frei. Die im
Entwurfe enthaltene Sonderbestimmung über die
Kolportage in Kirchen wurde vom Abgeordneten-
haus nicht aufgenommen.

Schutz der Jugend.

Das Abgeordnetenhaus hat die Bestimmun-
gen der Regierungsvorlage über den Schutz der
Jugend (Personen unter achtzehn Jahren) gegen
Schmutz- und Schundliteratur übernommen.
Wenn es klar ist, daß eine Druckschrift geeig-
net ist, die natürliche geschlechtliche Entwicklung
oder das Geschlechtsleben der Jugend ernstlich
zu bedrohen oder die sittliche Entwicklung der
Jugend dadurch ernstlich zu erschüttern, daß
sie in ihr den Gang zum Verbrechen und zur
Rohheit erweckt, kann vom Schulmini-
sterium ihre Verbreitung unter Ju-
gendlichen unter achtzehn Jahren
verboten werden. Das Verbot kann nur ausges-
prochen werden, wenn eine besondere vom Mi-
nisterium zu errichtende Körperschaft dies nach
einem mit Rechtsgarantien ausgestatteten Ver-
fahren beantragt. Wie sich diese Bestimmungen
auswirken werden, ist heute schwer zu sagen.
Die Praxis wird zeigen, ob es sich hier um eine
Handhabe zur Geltendmachung hinterwärtigen
Mudertums handelt oder um eine ernste Ab-
wehrmaßnahme, von der nur in den seltensten
Fällen Gebrauch gemacht werden darf. Der Re-
gierungsentwurf enthält eine Garantie gegen eine
Verwendung dieser Bestimmungen zur Unter-
drückung von Druckschriften aus politischen Grün-
den dadurch, daß er als Tatbestandsmerkmal die
Erweckung des Hauges zu irgendeinem Verbre-
chen festsetzt. Die Fassung des Abgeordneten-
hauses spricht von Verbrechen überhaupt.

Der Berichtigungszwang.

Das Institut der preßgesetzlichen Berich-
tigung (sachliche Berichtigung, bisher sogenannte
§ 19-Berichtigung) wird im Gesetze neu geregelt.
Der Rechtszustand wird wesentlich zugun-
sten der Zeitungen verbessert. Das
sogenannte Slossierungsverbot für amt-
liche Berichtigungen wird aufge-
hoben. Nunmehr wird es der Zeitung auch
gestattet sein, zu amtlichen Berichtigungen ent-
sprechende Anmerkungen zu machen. Der Unter-
schied zwischen amtlichen und privaten Berich-
tigungen wird nur insofern aufrechterhalten, als
der Nichtabdruck einer privaten Be-
richtigung an sich überhaupt keine strafbare
Handlung darstellt und der Redakteur (von
einer Mutwillensstrafe abgesehen) erst dann be-
straft werden kann, wenn er trotz gericht-
lichem Auftrag die Veröffentlichung nicht
vornimmt. Die Vorschriften des Regierungsent-
wurfes über die Sprache der Berichtigung sind
nicht aufgenommen worden, dagegen hat das Ab-
geordnetenhaus eine sehr wertvolle Bestimmung
zum Schutze der Zeitungen vor einem
Mißbrauch des Berichtigungswesens aufgenom-
men. Wenn nämlich eine Berichtigung ver-
öffentlicht worden ist, von der der Berichtigende
wußte, daß sie unwahr ist, kann der Eigen-
tümer der Zeitung gemäß § 17 des Gesetzes von
ihm die Bezahlung einer Gebühr für die Ein-
schaltung verlangen und ihn auch für den Scha-
den verantwortlich machen, der durch die Ver-
öffentlichung der Berichtigung wirklich entstan-
den ist.

Kobfines „Knabenhafte Denkwiese“.

Brünn, 10. Juni. Zu Beginn der heutigen
Verhandlung des Kasseien-Prozesses teilte der
Vorsitzende mit, daß das Gericht eine Zuschrift er-
halten habe, in der Dr. Stark, der Rechts-
vertreter des Soldaten Kindermann, mit-
teilt, daß sich sein Mandant als Privatbeteiligter
anschließe. Als Schmerzensgeld nominiert er
einen Betrag von 10.000 Ks, an ärztlichen Ho-
noraren und Krankenhauspflege bisher den Be-
trag von 2000 Ks, weiters erhebt er einen An-
spruch auf eine Monatsrente vorderhand in der
Höhe von 1000 Ks für die Zeit der Arbeits-
unfähigkeit. Die angeführten Ansprüche macht
er gegenüber allen Angeklagten, insofern sie
verurteilt werden, geltend.

Der Verteidiger des Kobfines, Dr. Tomasel,
streifte zu Beginn seiner Verteidigungsrede die
Auslieferung Kobfines und Weidls mit
Rücksicht auf die Prinzipien des internationalen
Rechtes, wobei er erklärte, die Verteidiger wür-
den den Versuch unternehmen, diese Frage inter-
national zu lösen, insbesondere durch Eingabe
einer Klage an den Ständigen Inter-
nationalen Gerichtshof im Haag und
sich bemühen, auf Grund des Spruches
dieses Gerichtshofes das Urteil des Brünn-
er Gerichtes zu korrigieren. Tomasel erklärte,
Kobfines sei dem Einfluß all dessen unterlegen,
was er über Rudolf Gajda und seine Taten in den
Regionen gelesen hatte, und daß er ihn in vielem
einfach nachgeahmt habe. Die Tat sei der
Ausfluß knabenhafter Denkwiese und von Ein-
fällen, die von außenher unterstützt wurden. Da-
bei weist Dr. Tomasel jede böse Absicht Kob-
fines sowie auch die Behauptung zurück, als ob
es sich um eine Provokation gehandelt
hätte.

Hitlers „Wach- und Schließgesellschaft“:

**Der Reichskanzler
als Heuchler entlarvt.**

Hier sind Geheimbefehle über die Tarnung der SA!

Hitler hat in der Reichstagsitzung vom
17. Mai behauptet, die SA diene nur inner-
politischen Zwecken; man müsse, wenn man sie in
die Heeresstärke eintreibe, auch die Feuer-
wehr und die Wach- und Schließgesell-
schaft berücksichtigen. Der Zweck dieser Neu-
euerung war, das Ausland über den Charakter der
SA zu täuschen und sie als ungefährliche Ein-
richtung erscheinen zu lassen.

Der Behauptung Hitlers widersprechen die
vielen schon vorher veröffentlichten Bilder aus
der Tätigkeit der SA, die sie als militärisch aus-
gebildete und in militärischer Ausbildung befind-

liche Truppe erkennen lassen. Diese Bilder, früher
auf den Gassen verbannt und in den Bilderzeitun-
gen der NSDAP wiedergegeben, wurden jetzt
rar. Das hat seinen Grund darin, daß man Rück-
sicht auf das Ausland nimmt und die Tätigkeit
der SA, aus außenpolitischen Gründen tarnt.

Der Beweis hierfür ist uns soeben in die
Hände gefallen. Es handelt sich um einen Ge-
heimbefehl des nationalsozialisti-
schen Statthalters in Sachsen,
Rutschmann, den er durch den sächsischen
Gaupressewart der NSDAP, an die national-
sozialistische Presse verbreiten läßt. Das Doku-
ment lautet:

**Aus dem N.-S. Pressedienst, Gau Sachsen.
vom Gaupressewart der NSDAP vom 24. Mai 1933.**

Mitteilung an alle Redaktionen.

Nicht zur Veröffentlichung bestimmt!

Angeichts der außenpolitischen Spannungen muß noch
einmal mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß unter keinen
Umständen irgendwelche Veröffentlichungen erfolgen, durch die unbeabsichtigt
eine Umgehung des Versailler Vertrages herausgesehen werden kann. Ins-
besondere ist darauf zu achten, daß Ausdrücke wie S.-A.-Kasernen oder
sonstige militärische Bezeichnungen in Verbindung mit den Verbänden
unter allen Umständen vermieden werden. Desgleichen darf nie-
mals in Berichten oder sonstigen Veröffentlichungen über die Polizei der
Eindruck einer Militärorganisation entstehen. Ganz besonders gilt dies auch
für Bilder.

Bei Veröffentlichungen über Arbeitsdienstlager, die an sich im Hinblick
auf die Wichtigkeit des Arbeitsdienstes stets sehr erwünscht sind, bitten wir
darauf zu achten, daß keinerlei Eindruck einer militärischen
Ausbildung zum Ausdruck kommt.

Wehrsportübungen der Verbände werden am besten
überhaupt nicht in der Presse erwähnt. Sollte ausnahmsweise
eine Veröffentlichung notwendig sein, so wird sie durch den N.-S.-Presse-
dienst, Gau Sachsen, als das alleinige amtliche Organ für diesen Zweck zur
Verfügung gestellt werden.

Anordnung des Reichstatthalters, nicht zur Veröffentlichung bestimmt:

Der Reichstatthalter für den Freistaat Sachsen, Martin Rutsch-
mann, macht es sämtlichen Zeitungen zur Pflicht, keinerlei Dinge
zu veröffentlichen, die irgendwie im Zusammenhang mit
einer militärischen Ausbildung der SA, SS, Stahlhelm
oder sonstigen Verbände gebracht werden können. Insbesondere darf niemals
in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt werden, als befänden sich
Angehörige dieser Verbände zur Ausbildung bei der
Reichswehr. Statthalter Rutschmann wird bei dem Verstoß gegen diese
Anordnung unmissverständlich gegen die betreffende Zeitung einschreiten.
Wir bitten daher, dies peinlichst genau zu befolgen.

Der N.-S. Pressedienst bittet, etwa gewünschte oder beantragte Ver-
öffentlichungen von Stimmungsbildern und Berichten
über Ergebnisse bei irgendwelchen Übungen der Reichs-
wehr abzuschließen. Es ist bekannt geworden, daß sich Agenten Frank-
reichs dahingehend geäußert haben, daß sie ihr Material gegen Abrüstungs-
verträge Deutschlands hauptsächlich aus Veröffentlichungen der
kleineren Lokalzeitungen entnehmen. Es darf daher erwartet
werden, daß die gesamte Presse in Zukunft einheitlich vollste Disziplin wahren
und keinerlei Handhabe gibt, erneut Deutschland außenpolitische Schwierig-
keiten zu bereiten.

Seit Hitler! Robert Reßler, Gaupressewart.

Die Herrschaften sollen den Mut haben, die Existenz dieses Schrift-
stückes abzuleugnen! Man kann dann
eventuell mit der Wiedergabe des Originals
dienen. — Eine Bestätigung der Nachwächter-
eigenschaft der SA ist aber auch dieses Bild, das
jedem einen Sudetendeutschen in schmuder Uni-
form zeigt:



Es ist aufgenommen in einem sächsi-
schen Grenzort und stammt aus den
allerletzten Tagen! Hitler aber wird weiter Friedensschalmeien
blasen. Aber es sind, wie man hier sah, lauter
falsche Töne!

Für den „Tag“:

**„Die Aktionstrupps
des Herrn Killinger.“**

Vor einigen Wochen verhaftete die Gendar-
merie einen mit gefälschten sozialdemokratischen
Ausweisen versehenen Spigel, der direkt von
der Dresdener Polizeidirektion
mit der Beaufsichtigung der Emigranten beauf-
tragt war und die Weisung hatte, sich bei Geld-
mangel an die Parteistellen der sudetendeutschen
Nationalsozialisten zu wenden.

Wir fragen: Kann dies „Der Tag“ ab-
leugnen? Wie kann die Dresdener Polizei-
direktion wissen, daß ihre Spigel bei unfer-
ner Rasis Hilfe finden werden?

Dichtung und Wahrheit!

**Und der österreichische Gesan-
sprach ...**

Zur Hebung des Fremdenverkehrs, der seit
jeher eine der großen österreichischen Sorgen ist
und dessen Hebung eines der großen Ziele öster-
reichischer Politik schon vor dem Kriege war, hat
der österreichische Gesandte am 2. Juni
einen Presse-Empfang veranstaltet und den Jour-
nalisten ein schönes Gemisch von Dichtung und
Wahrheit vorgetragen, von dem er wünschte, daß
ihm die Presse Raum gebe.

Wir waren nicht bei diesem Vortrag. Man
kann bei einem solchen Empfang nicht gegen den
Redner polemisieren. Wir waren auch nicht allzu
neugierig. Wir wissen ja, daß Oesterreich ein
schönes Land ist, und wir wünschten recht vielen
unserer Freunde genug Geld, es zu besuchen. Wir
wären also, hätten wir nur die Möglichkeit, herz-
lich gern bereit, an der Hebung des österreichischen
Fremdenverkehrs mitzuwirken, ohne uns darüber
zu täuschen, daß ein Massenbesuch sozialdemokra-
tischer Arbeiter der österreichischen Regierung
weniger sympathisch wäre als unseren österreichi-
schen Genossen. Und selbstverständlich freuen wir
uns auch des Besuches österreichischer Arbeiter.
Wir sind uns dessen wohl bewußt, daß solche
gegenseitige Besuche völkerverbindend wirken, und
wir wären gar froh, könnten von der Einladung
des Herrn Gesandten, das schöne Oesterreich zu
besuchen, recht viele Arbeiter Gebrauch machen
und damit — wir zitieren seine Worte — auch
„ein höheres politisches Ziel erfüllen“, damit „in
gewissem Sinne auch allgemeine europäische Poli-
tik treiben.“

So steht in der Abschrift der Rede, die der
Herr Gesandte den seinem Empfang ferngeblie-
benen Redaktionen ins Haus schickte. Aber wir,
die Arbeiter, waren ja mit den Eingeladenen nicht
gemeint, sondern die anderen, obwohl auch
Massenbesuche von Proletariern, wie etwa bei
der Olympiade im Jahre 1931, den Wiener Ge-
schäftsleuten nicht unangenehm gewesen sein
dürften.

Dem Herrn Gesandten war es aber darum
zu tun, den Presseleuten auch politische Leh-
ren zu geben, ihnen zu sagen: seht ihr, so muß
man das machen, wie wir, um den Klassenkampf
abzuschaffen! Er erzählte allerlei von der „Selbst-
ausfaltung des Parlaments“, wie sehr die Re-
gierung alle Mittel erschöpft habe, um den Na-
tionalrat arbeitsfähig zu erhalten, weil sie die
Mitwirkung der Volksvertretung für notwendig
halte — aber er sagte nicht, daß die Regierung
von einem sehr naheliegenden, einfachen Mittel
nicht Gebrauch machte, nämlich von der Einberu-
fung der Nationalversammlung! Er behauptete
man habe in Wien keinerlei diktatorische Gelüste
— aber man muß leider, weil man den National-
rat nicht einberufen will, diktieren. Da kann man
halt nix machen!

Interessant wäre die Untersuchung, wie der
Herr Gesandte und die Herren Journalisten bei
diesem Empfang einander einschätzten. Der Herr
Gesandte wußte, daß seine Hörer nicht nur Zeit-
ungsschreiber, sondern auch Zeitungsläser sind,
oder er mußte es wenigstens von der Mehrzahl
seiner Gäste annehmen, und die müssen doch ein
wenig von des Herrn Tollfuß Taten wissen. Und
denen erzählte er solche politische G'schichten!
Und die Journalisten — die mußten denken: er
weiß, daß wir wissen — und tut, als wüßten
wir nicht ... Na, nebensächlich, was wir von
einander denken — wenn nur die Hebung des
österreichischen Fremdenverkehrs auch zur Hebung
des Inseratengeschäftes führt! Diesen Erfolg
hatte er für das „Prager Tagblatt“, das in einer
besonderen Oesterreich gewidmeten Beilage Re-
klamennotizen österreichischer Minister mit Kur-
orte-Inschriften umkränzen und so der Rede des
Herrn Gesandten den wirkungsvollsten Hinter-
grund schaffen konnte. Der Fremdenverkehr wird
gewiß gehoben werden, und wegen des bisserl
Verfassungsbriehes, na, da wird die österreichische
Regierung kan Richter brauchen, weil eh laner
mehr da ist, nachdem die Mitglieder des Staats-
gerichtshofes so nach und nach zum freiwilligen
Rücktritt veranlaßt werden.

**Ein Konzentrationslager
für Frauen.**

Berlin, 10. Juni (Eigenbericht.) Als Beglei-
ter zu Heiberg wird in Gotteszell bei Gmün-
in Bärntenberg ein Konzentrationslager für
weibliche politische Gefängnisse errichtet.



Internationaler Arbeiter-Sporttag

Arbeitsanleihe 1.584.185.600 Kč.

Prag, 10. Juni. Die Zeichnungen auf die Sprozentige staatliche Arbeitsanleihe schreiten in befriedigender Weise fort. Während der Zeichnungsfrist vom 2. bis 10. Juni 1933 wurden 30.512.400 Kč gezeichnet und bar eingezahlt, so daß die Gesamtsumme der Zeichnungen auf die Arbeitsanleihe nun 1.584.185.600 Kč beträgt.

Rote Pfingsten.

In Mies, Elbogen und Prag kam zu Pfingsten Arbeiter- und Angestelltenjugend zusammen, um die Pfingsttage auf ihre Art zu feiern. Heinrich Sedorf im Erzgebirge sah einen großen Aufmarsch der Arbeiter aus dem Komotauer Gebiet.

Außerdem fanden noch große Jugendtage in Sternberg und Neu-Titschein statt.

Das Sternberger Jugendtreffen wurde durch einen Festabend am Samstag eingeleitet, an dem die verschiedenen Arbeiterorganisationen mitwirkten. Sonntag früh fanden Wettkämpfe statt, in denen die Roten Falken aus Römerstadt, die Freudenthaler Jugendlichen und die Paulowitzer Turngenossen siegten. Sodann traten Turner, Jugendliche und Rote Falken zu Werbemärschen durch die Stadt an, im Kino folgte die Aufführung des russischen Großfilms „Die Generalin“. Am Nachmittag erlangte der Jugendtag seinen Höhepunkt in einer großen Massenkundgebung, an der 3000 Menschen teilnahmen. Es sprachen unter stürmischem Beifall die Genossen Duda, Fischla und Geißler. Es schloß sich ein Volksfest im Garten des Arbeiterheims an. Sonntag abends wurde ein Höhenfeuer abgebrannt. Genosse Amstatter hielt die Feuerrede. Der Montag war ausgefüllt mit Wanderungen in die Umgebung. Der Sternberger Jugendtag hat bewiesen, daß die sozialistische Jugendbewegung der Krise trotzt.

Auch der Neu-Titscheiner Jugendtag war ein herrlicher Beweis für die Kraft unserer Jugendbewegung. Er wurde eingeleitet durch ein Höhenfeuer am Samstag abends. Den Fackelzug, der sich anschließt, hat die Neu-Titscheiner Polizei verboten, die sich durch ihr Verhalten gegen den Jugendtag überhaupt den Ruf verschaffte, die reaktionärste Staatspolizei der Republik zu sein. Sonntag früh fand eine Massenkundgebung auf dem Marktplatz statt, auf der die Genossen Joll, Kern, Kutscha und die Genossin Schindler sprachen. Außerdem sprach ein Vertreter der tschechischen Jugend und der Neu-Titscheiner Jugendorganisation. Die Polizei hatte das Tragen der Blauhemden verboten und vorgeschrieben, daß über das blaue Hemd ein Rock anzuziehen sei. Außerdem hielt es der Polizeikommissar noch für notwendig anzudeuten, daß der Rock zu schließen ist. Viele junge Genossen hatten sich das Hemd ausgezogen und marschierten, den Arschwinkelfeist der Polizei verspottend, mit nachtem Oberkörper. Neu-Titschein hat eine solche Jugendkundgebung noch nicht gesehen; die Spieker waren entrüstet über sie und den Aufmarsch und erlaubten ihren Märgen im Alkohol: am Abend konnte man die besoffenen Teilnehmer des deutschen Sängerfestes auf dem Bahnhof sehen. Der Nachmittag vereinigte die Teilnehmer auf einer Waldwiese bei froher Unterhaltung und bei Wettspielen. Abends fand im Arbeiterheim eine große und gutgelungene Festakademie statt. Der Montag war Wanderungen und einem großen Organisationsappell gewidmet.

Naturfreundtreffen an der Oderquelle.

Am Pfingstmontag kamen die Naturfreunde aus dem Gau Nordmähren in dem an der Oder gelegenen Ort Koslau zusammen, ungefähr 300 an der Zahl. Beim Höhenfeuer hielt in Gegenwart vieler Ortsbewohner Genosse Kamler eine Ansprache. Bei der Morgenfeier am nächsten Tag bei der Oderquelle wurde der Treuspruch zum Sozialismus erneuert. Den geknechteten Brüdern und Schwestern im Reiche galt der Gruß des Redners. Am Nachmittag ging die Schar in geschlossenen Reihen nach Vodestadt. Die Genossen, die mit einer Amsel im Mund die Naturfreunden ein Stück Weges entgegengekommen waren, eröffneten den Zug. Der Besuch in Bodenstadt war eine Solidaritätskundgebung für die durch Betriebsstilllegung arbeitslos gewordenen Genossinnen und Genossen. Der am Abend nach Abingen proletarischer Kampflieder durchgeführte Fackelzug ließ die Nazi aufmucken. Die politische Kundgebung für Friede, Arbeit und Brot am Pfingstmontag am Stadtplatz kann als wirkungsvoll bezeichnet werden. Die aus der Kirche kommenden Landleute hörten den Ausführungen des Genossen Kamler unter Zustimmungsgewehrungen zu.

Sechzig Todesopfer

Entgleisung des Taurus-Express.

Konstantinopel, 10. Juni. Der Taurus-Express Adana-Angora ist bei Gölitschir entgleist. Die Katastrophe ist hervorgerufen durch Beschädigung des Eisenbahndammes infolge starker Ueberschweemmungen. 12 Reisende sollen getötet sein, 50 werden vermisst, man befürchtet, daß sie ertrunken sind.

Tagesneuigkeiten

In New York 37 Grad Celsius.

Chicago, 10. Juni. Die Hitze, von welcher die Staaten des mittleren Westens schwer betroffen wurden, hat in diesen Gegenden nachgelassen und sich auf die Oststaaten ausgebreitet. So war in New York gestern die Temperatur mit 37 Grad Celsius um 4 Grad höher als an demselben Tage des Vorjahres. Fünf Personen starben an Hitzschlag. In Philadelphia wurden wegen der Hitze sämtliche öffentlichen Schulen geschlossen. In den Staatsämtern von Washington zieht man die Schließung der Kämmer in Erwägung, wenn die Temperatur über hundert Grad Fahrenheit (etwa 36 Grad Celsius) steigen sollte. Aus diesen Gegenden werden gegenwärtig zahlreiche durch die Hitze verursachte Fälle von Unwohlsein gemeldet.

Zelluloidfabrik liegt in die Luft!

North-Arlington (New Jersey), 10. Juni. Bei der Explosion einer Zelluloidfabrik wurden neun Personen getötet und 180 durch das in weitem Umkreis herumliegende brennende Zelluloid zum Teil schwer verletzt. Mehrere Personen werden vermisst. Die Fabrik und acht Nachbarhäuser wurden durch Feuer zerstört. Ueber Hunderte von Bäumen, die sich am benachbarten Flußstrand aufhielten, ergoß sich ein feuriger Ascheregen.

Die neuen Lehrpläne für Volksschulen. Vor drei Jahren traten an den Volksschulen neue Lehrpläne mit provisorischer Wirksamkeit in Geltung. Nun ist diesen Lehrplänen auf Grund der praktischen Erprobung eine definitive Fassung gegeben worden. Mit Beginn des nächsten Schuljahres werden bereits jene Schulen nach den neuen Lehrplänen unterrichten, die sich hierzu bereit erklären, im Schuljahre 1934/35 besteht hierzu die Verpflichtung für alle Volksschulen. Bei den Vorbereitungen an der endgültigen Fassung der neuen Lehrpläne hat die Volksschul- und fachwissenschaftliche Abteilung des Deutschen Lehrbundes mitgearbeitet und es kann mit Befriedigung festgestellt werden, daß die in einem eigenen gedruckten Gutachten des Deutschen Lehrerbundes niedergelegten Anschauungen und Anforderungen weckende Beachtung fanden, daß namentlich der nur für die deutschen Volksschulen festgelegte Stoffplan der deutschen Unterrichtssprache in unänderlicher Fassung aufgenommen wurde. Die Grundgedanken der Lehrpläne sind von modernen pädagogischen Anschauungen getragen und bilden sicherlich einen gesunden Fortschritt. Die Stoffgebiete sind kurz, eindeutig und klar umrissen, ein Vorteil, den die provisorischen Lehrpläne nicht besaßen. An der Schlussberatung im Ministerium für Schulwesen und Volkshilfe erschien auch Schulminister Dr. Töler, um den Vertretern für ihre Mitarbeit zu danken. Im besonderen verwies er auf den großen Wert einer gedeihlichen Zusammenarbeit zwischen Schulbehörde und Lehrerschaft.

Staatstipendien und staatliche Studienunterstützungen. Das Unterrichtsministerium verläutert: Das Unterrichtsministerium verleiht den Höheren an Hochschulen in der Tschechoslow. Republik

Rote Falken im Daubaer Land

Broden, ein stilles Dorf in der Daubaer Schweiz, wurde in den Pfingsttagen zum Treffpunkt vieler junger Genossen, zur Schmiebung einer prächtigen Gemeinschaft zwischen Land- und Stadtjugend. Wie den Prager Roten Falken Broden zum Symbol dieser Gemeinschaft wurde, soll kurz skizziert werden.

Samstag vor Pfingsten: Das Dorf übri noch sein ruhiges Leben. Am Ortsplatz spielen Kinder, faulenz schlaftrige Dorfstrolcher fährt ab und zu ein Futterwagen. Selten nur wird die Stille durchbrochen. — Plötzlich klingt ein Lied auf; blaue Blüten, rote Sturmfluten! In strakem Schritt ziehen die Roten Falken ins Dorf. Im Garten eines Genossen wächst im Sandumdruchen ein Felslöcher auf; Kuchstellen, Abfallgruben, Geschirrablagen werden hergerichtet; eine Dopfenlange avanciert zum Rahmenmaß, ein altes Brett zur Mittelmasstafel. Dann versammeln sich Jungen und Mädchen um den Rahmenmaß. „Wir halten zusammen“, unser schönes Lagerlied, ertönt, langsam steigt die Fahne hoch, entfaltel sich. Das Lager ist eröffnet.

Beim Höhenfeuer lernen wir unsere Genossen aus dem Landgebiet kennen: einfache, gerade Menschen, starke Burschen, tapfere Mädchen, die in ihrer Gemeinschaft ein tüchtiges Stück Kultur- und Aufbauarbeit leisten. — Die Fansarengruppe der Aushaer eröffnet die Kundgebung, Rezitationen und Lieder umrahmen die Ansprache, ein klares, kraftbewusstes Kampfgelöbniß für den Sozialismus.

Der Sonntagmorgen ist kühl. Aber die Falken kriechen ein, zwei aus ihren Zelten und erwärmen sich rasch beim Frühstücken.

im Studienjahre 1933/34 Staatsstipendien in Beträgen von 300 K und 200 K monatlich und staatliche Studienunterstützungen in Beträgen von 150 K, 100 K und 70 K monatlich. Die auf den vom Staatsverlage ausgegebenen Blanketten geschriebenen Gesuche, die mit dem Nachweis der Staatsbürgerschaft, dem Zeugnis über die Vermögensverhältnisse und den Ausweisen über vorzügliche Studienfolge belegt sein müssen, sind bis zum 30. September 1933 einzureichen. An Prosa geschieht dies durch Vermittlung des Vereins „Deutsche Studentenfürsorge“ in Prag II., Kralovska ulice Nr. 16, und in Brünn durch Vermittlung des Rektors der deutschen Technischen Hochschule.

Unbeständiges Wetter. Obwohl gestern die Niederschläge in den Südeländern vielfach aufgehört haben und in den mittleren Teilen des Staates vielfach Aufhellung eingetreten ist, bleibt die allgemeine Wetterlage ungünstig. Die Ausläufer der Balkan Depression veranlaßten gestern einerseits fast in ganz Deutschland, andererseits auch in den östlichen Gebieten unserer Republik Regenfälle. Die ergiebigen Niederschlagsmengen während der letzten 24 Stunden meldet gestern früh Nischlberg 25, Cossau, Statinské Doly 22, Hust 21 Millimeter. In den mittleren Teilen der Republik hat es sich in der Freitagnacht infolge Ausstrahlung bei vorübergehender Aufklärung an vielen Orten auf plus 2 bis plus 3 Grad Celsius abgekühlt. — Wettervorhersage für heute: Unbeständig, zeitweise Niederschlagsneigung, mäßig warm, Wind aus nördlichen Richtungen.

Von der Amisstelle B der Allgemeinen Pensionsanstalt in Prag. Die Frist zur Vorlage der Nachweise, mit denen die Gesuche um Anerkennung des Anspruches auf den Staatsbeitrag für die Zeit des Militärdienstes während des Krieges gemäß § 176 P.B.G. (Sg. Nr. 26/29) zu belegen sind, ist vom Ministerium für soziale Fürsorge laut Erlaß vom 20. Mai 1933, Prot. Nr. 5.402/IV/333, bis zum 30. Juni 1934 verlängert worden. Die Gesuche selbst um Anerkennung des Staatsbeitrages waren gemäß § 176, Abs. 5, P.B.G. beim letzten Versicherungsträger bis 30. Juni 1930 einzubringen. Diese Frist für die Einbringung der Gesuche selbst wurde aber bisher nicht verlängert.

Der Wellflieger Matern ist gestern früh um 1 Uhr 50 in Besoje zum Weiterfluge nach Chabarowsk gestartet. Um 2 Uhr 30 überflog er Irkutsk.

Mähratene Jugend. Die Polizei in Uzhorod hat zwei minderjährige Burschen, von denen der eine aus Budapest, der andere aus Preßburg stammt, verhaftet, die in der letzten Zeit in Uzhorod zehn Wohnungen diebstahl verübt haben, wobei ihnen Juwelen im Werte von 30.000 Kronen in die Hände fielen. Zahlreiche gestohlene Gegenstände, darunter namentlich goldene und silberne Schmuckstücke, Brillantringe usw., wurden aufgefunden. Die Burschen waren mit Revolvern ausgerüstet.

Ein Grubenlied? Das Ich. P. B. bringt folgende furiose Nachricht aus Uzhorod: Im Bezirk von Ruchova gibt es in der Tschelk seltsame Karpathenische, die „Hlavatky“ (Häselinge), lateinisch — Lateiner heraus! — Suchohuch genannt werden. Sie gehören der Gattung

der Forellen an und erreichen ein Gewicht bis zu 20 Kilogramm, sind des öfteren bis 1,5 Meter lang. Die Fische sind vor Fang geschützt. Aus dem Ruchover Bezirk wird nun bekanntgegeben, daß diese Fische von einer unbekannteren Epidemie befallen wurden; im Verlaufe dieser Krankheit verfallen sie in Krämpfe und erblinden dann gewöhnlich. Bisher wurde dies besonders in der Tschelk bei Ruchova festgestellt. Um die Ursache dieser Epidemie festzustellen und um ihr wirksam entgegenzutreten zu können, hat nunmehr die Gendarmerie Maßnahmen ergriffen, damit die verendeten Fische sofort an das Hydrobiologische Institut nach Ripatowky Grädel in der Slowakei gesandt werden, wo sie untersucht werden. Das Landesgendarmeriekommando in Uzhorod hat unlangst umfassende Bestimmungen für die Gendarmerie erlassen, wie nicht nur allen Arten von Fischwilderei, sondern auch der Verunreinigung von Gewässern durch Fabriken, durch Hauswäscherei, sowie dem Fischfang mittels Dynamit entgegenzutreten sei.

Im Rausch ertrunken. Freitag abends kam zum Miesfluß in Pilsen der angeheiterte 32jährige Arbeiter Wenzel Rach aus Pilsen und entriegelte dem Arbeiter Wenzel Jabransky aus Pilsen, der dort Fische fing, die Angelrute und warf sie in den Fluß. Sodann vertrieb er Jabransky und stieg selbst in den Fluß, um die fortschwimmende Angelrute zu holen, fand jedoch in den Fluten den Tod.

Von der kuffiger Handelsakademie. Die Einschreibungen in die vierklassige Handelsakademie und in die zweiklassigen Handelschulen für Knaben und Mädchen erfolgen vom 28. bis 30. Juni. Die Aufnahmeprüfungen finden am 30. Juni um halb 9 Uhr für die Handelsakademie und um halb 10 Uhr für die Handelschulen statt. Einschreibungen in den Abiturientenkurs haben bis 2. September unter Vorlage des Reifezeugnisses zu erfolgen. Auch schriftliche Anmeldungen sind zulässig. Prospekte und Auskünfte durch die Direktion der Anstalt.

Vom Rundfunk

Empfehlenwertes aus den Programmen.

Montag.

Prag: 6.15: Gymnastik. 11.00: Schallplatten. 18.25: Deutsche Sendung: Marstein: Liebesbriefe berühmter Männer. 19.00: Europäische Konzerte aus Silversum. — Brünn: 17.10: Schallplatten. 18.25: Deutsche Sendung: Französisch. 21.00: Der häßliche Clown, Hörspiel. — Frauen, Jugend, Kinderfunk: Königswusterhausen 15.00: Für die Frau; Berlin 15.20: Der ärztliche Rat; Langenberg 15.50: Jugendlust. 18.20: Eiterstunden. — Hörspiele: Berlin 21.00: Tefner; Johannes Brahms. — Konzerte: Breslau 20.00: Werke von Johann Strauß; Königswusterhausen 20.00: Heiteres aus Mozart's Opern; Berlin 20.10: Zitherkonzert; Mülhausen 21.00: Beethoven Sinfonie Nr. 5.

Dienstag.

Prag: 6.15: Gymnastik. 10.10: Deutscher Schulfunk. 12.10: Schallpl. 18.25: Deutsche Sendung: Zellen gehörte Lieder deutscher Romantik. 19.10: Melichar: Wie sich der Tourist in der Natur orientiert. 20.40: Russische Kompositionen. 22.25: Populäre Tanzlieder. — Brünn: 18.25: Deutsche Sendung: Radel: Leibesübungen im Mittelalter. 20.20: Perz und Gut, böhmische Humoreske. — Technik: Wien 16.40: Fastelstunde. — Frauen, Jugend, Kinderfunk: Langenberg 15.00: Kinderstunde; Wien 15.30: Jugendlust; Königswusterhausen 17.00: Für die Frau. — Konzerte: Brüssel 20.00: Orchesterkonzert; Königswusterhausen 20.25: Plasorchesterkonzert; Mülhausen 20.25: Opernmusik.

Dann treten die Kameradschaften zum Waschen an, räumen das Lager auf und versammeln sich zum Flaggenzug. Ein Helfer spricht über die Lageraufgaben: Wir wollen die Dorflieder kennen lernen, wir wollen die Aufbaukraft unserer Gemeinschaft erproben, wir wollen für die große Kinderrepublik lernen.

Nach einer kurzen Morgenfeier spielen wir mit unseren Brogener Freunden am Ortsplatz. Immer mehr Kinder und Zuschauer locken die Ball- und die Tanzspiele heran; immer ausgelassener wird die Stimmung, immer inniger die Gemeinschaft. — Dann unternehmen wir mit den Funafrontgenossen einen Werbemarsh nach Nebus. Mittags ruhen wir im Baumshatten unseres Lagers; wir sprechen über soziales Wandern, lernen neue Lieder und sehen dann dem Mittagessen so eifrig zu, daß unsere Verpflegungsgruppe alle Hände voll zu tun hat.

Nachmittags demonstrieren wir gemeinsam mit den Jungfront- und SJ-Genossen für unsere Kampfziele; mit geballter Faust gedenken wir der Opfer des Faschismus. Kein Falke wird dieses Kampfbekenntnis je vergessen! Am Spätnachmittag ist die Dorfbewölkerung unser Gast im Lager. Wir spielen Rebus, treiben allen möglichen Schabernack und halten dann Lagerparlament. Schonungslos decken wir alle Mängel auf, damit wir aus ihnen für das nächste Lager lernen können; nach eifriger Diskussion beschließen wir das weitere Programm.

In einem kleinen Saale mit wackliger Bühne versammeln sich abends die Teilnehmer am Jugendtreffen und die Genossen aus Broden. Den ersten Teil des Feiernprogramms bestreiten die Falken. Unsere Lieder können sich zwar mit den Leistungen eines geschulten Ge-

sangvereins nicht messen, aber die leuchtenden Augen der Falken, die Augenfrische des Vortrages entschädigen reichlich. Bei unseren Tanzspielen wackelt der ganze Raum; unsere Sprechstühle sind kurz und klar. Der stürmische Beifall macht uns beinahe stolz. Dann gehts in die Rulle. In kurzer Zeit ruht alles — bis auf die Nachtwachen, oder besser: Nachtwächter, denn sie lassen von unseren bestellten Räubern die Lagerfahne, die Kocheschirre und die Mitteilungstafel forttragen, ohne etwas zu merken. Das darf aber wirklich nicht mehr vorkommen.

Pfingstmontag brechen wir das Lager ab und marschieren über Chubolas und Tupobl nach Schelosen. Wer sah, wie unsere schwer behafteten Jungen und Mädchen trotz der Muthige mühselvolle Marschordnung hielten, wer ihre trotigen Kampflieder und den Gleichklang ihrer Schritte hörte, der konnte sich wohl einen kleinen Begriff von der Willenskraft der Falken machen. Und wer dann die ganze, staubige Gesellschaft ins Schwimmbad stürzen sah, der bekam auch eine Ahnung von der unbändigen Lebensfreude, die in unserer Gemeinschaft wirkt.

Unsere Roten Falken haben die Kraftprobe bestanden; sie haben in der Gafffreundschaft der Brogener Genossen ein prächtiges Beispiel wirklicher Solidarität ohne große Worte kennen gelernt. Sie werden fleißig sparen, um recht bald wieder ihre Genossen im Landgebiet aufsuchen zu können.

Parteigenosse, Parteigenossin! Ist dein Kind schon bei den Roten Falken? Hast du in deinem Bekanntheitskreis schon für die Kinderfreunde und die Roten Falken gearbeitet?

Der Rückgang der Auswanderung aus der Tschechoslowakei erreichte in den letzten Jahren (auf individuelle Vasse) ihren Höhepunkt im Jahre 1929, in dem 28.319 Personen ins Ausland abgingen. Seit her trat aber ein rapider Rückgang ein, insbesondere im Jahre 1931, in dem nurmehr 9.857 und voriges Jahr sogar nurmehr 5.360 Personen auswanderten. Die meisten Auswanderer gingen im Jahre 1932 nach Frankreich ab (1.393 Personen), obwohl sich auch da ein Rückgang auf ein Zehntel des im Jahre 1929 verzeichneten Auswandererstandes zeigt. Am wenigsten ist unsere Auswanderung in die U. d. S. R. zurückgegangen (1.258 Personen), was immer noch mehr als die Hälfte der entsprechenden Auswandererzahl des Vorjahres darstellt. Die Auswanderung in die sonstigen europäischen Staaten zeigt bei uns nur ganz geringe Zahlen (so nach Deutschland 362, Belgien 201 Personen usw.). Während nach Europa voriges Jahr 3.772 Personen ausgewandert sind, sinkt die Zahl der Ueberseeauswanderer auf 1.071, d. i. etwas mehr als ein Zehntel der entsprechenden im Jahre 1929; die Ueberseeauswanderung ist also noch rapider gesunken, als die kontinentale. Die meisten Ueberseeauswanderer gingen nach U. S. A. ab (445), ferner nach Kanada (411) und Argentinien (322). Sehr stark zurückgegangen ist auch unsere Saisonauswanderung (im Jahre 1932 13.638 Personen), u. zw. insbesondere nach Deutschland, wohin gegenüber 2.367 Personen im Jahre 1931 im Jahre 1932 nur 167 Personen auf Arbeit abgegangen sind. In diesem allgemeinen Rückgang der Auswanderung überhaupt und der Saisonauswanderung machen sich einerseits die kritische Lage auf dem Arbeitsmarkt, andererseits auch die gesetzlichen Beschränkungen geltend, durch die sich die Staaten, in die sich bisher unsere Auswanderung richtete, gegen diesen Zustrom wehren. Sehr interessant ist auch die Feststellung, daß die Zahl der im vorigen Jahr aus der Slowakei abgegangenen Auswanderer zum erstenmal für alle von unserer Auswanderungsstatistik verzeichneten Jahre kleiner ist als die Auswanderung aus Böhmen und Mähren-Schlesien (2.366 Personen aus der Slowakei gegenüber 2.810 Personen aus den westlichen Ländern). Das ist vielleicht dadurch zu erklären, daß die qualifizierte Industriearbeiterschaft, die in die U. d. S. R. abgeht, hauptsächlich aus diesen Ländern stammt, während aus der Slowakei in die U. d. S. R. nur 44 Personen abgegangen sind.

Eine unabhängige deutsche Zeitung. Wie wir vernehmen, wird demnächst unter „Deutsche Freiheit“ in Saarbrücken eine neue Tageszeitung als einziges unabhängiges deutsches Blatt erscheinen. Mit der Chefredaktion ist Max Braun betraut.

March auf die Ford-Betriebe. Wie aus Detroit berichtet wird, marschieren von dort 25.000 Automobilarbeiter zum Fordbetriebe von Dearborn. Dearborn ist zu einem bewaffneten Lager geworden. Die Polizei hält Wache und das Militär hält die Marschteilnehmer in Edge Dearborn auf, wo sie lagern. Bis ihnen der Einmarsch gestattet wird. Die Forderungen der Arbeiter sind: Arbeit, Unterstützung, Betriebsausschüsse und Gleichberechtigung der Negere.

Radikale Reform des Abtreibungsparagraphen in Litauen.

Volle Anerkennung der medizinischen, eugenischen und sozialen Indikation.

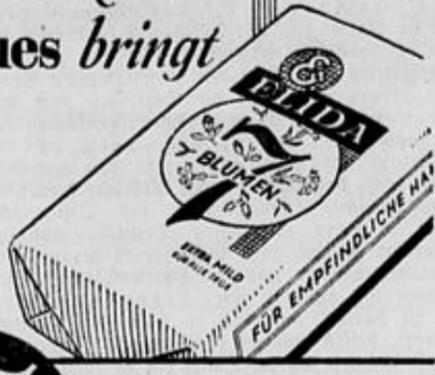
In allen Kulturstaaten sind Bestrebungen am Werke, die darauf ausgehen, die derzeit noch fast überall geltenden strafrechtlichen Bestimmungen über die willkürliche Schwangerschaftsunterbrechung (Fruchtabtreibung) einer vernünftigen und zeitgemäßen Reform zu unterziehen, wie sie vom menschlichen und sozialen Standpunkt eines modernen Menschen dringend geboten erscheint. Trotz erbittertem Widerstand der Reaktion aller Schattierungen ist zu hoffen, daß in den demokratischen Kulturländern sich diese Reformtendenzen durchsetzen werden. Jedenfalls ist bezeichnend, daß Hitlerdeutschland als Gegenpol demokratischer Kultur und Repräsentant mittelalterlicher Barbarei nichts Eiligeres zu tun hatte, als gleich in den ersten Wochen der braunen Herrschaft einen Entwurf auszuarbeiten, der eine schwere Verschärfung und Verschlechterung des heutigen, genüßnerfreudlichen und verderblichen Zustandes bedeutet. Das kann ebensowenig wundernehmen, wie bei uns die wütende Kampagne der Reaktion gegen den Reformentwurf unseres Justizministeriums.

Man kann heute von einer internationalen Front des sozialen Fortschrittes und der Menschlichkeit gegen die kulturelle und soziale Reaktion sprechen, die ihre Positionen überall grimmig zu halten sucht.

Als erster der europäischen Staaten hat die Republik Litauen durch Gesetz vom 13. Dezember 1932 eine grundlegende Reform der aus der zaristischen Zeit bis dahin noch geltenden Bestimmungen des russischen Strafrechts durchgeführt. Nach letzterem wurde die Schwangerschaft, die sich dem Eingriff unterwarf, mit Korrekthaus (entspricht dem deutschen „Zuchthaus“) oder unserm „schweren Kerker“ bis zu drei Jahren bedroht, die Hefter bis zu sechs Jahren. Nur eine unmittelbare Bedrohung des mütterlichen Lebens wurde als „Notstand“ für straflos anerkannt. Andere Strafausschließungsgründe gab es nicht.

Eine neue Seife, die wirklich Neues bringt

Betrachten Sie ihr äußeres Kleid, prüfen Sie ihren Duft, fühlen Sie ihren üppigen, weichen Schaum. Und lassen Sie sich von der Wissenschaft sagen: extra mild, ideal für den Teint, weil kosmetisch wirksam.



ELIDA SEIFE

Von deutscher Mannhaftigkeit.

Eine Entgegnung.

Ein alter Bekannter hatte jüngst den Einsall, mir vorzuhalten, ich bemühe mich nicht, Hitler und dem Hitlerismus auch irgendwelche Lichtseiten abzugewinnen, und eine solche habe doch jedes Ding — für den wirklich Unpolitischen?

Gewisse Lichtseiten des deutschen Menschen erwidere ich, haben mich ihn vierzig Jahre lang schämen und lieben lassen — vierzig Jahre lang, in denen ich ihn in jedem Zipfel des Reichs kennen gelernt habe. Nun ist er in den Sumpf hineingeratet. Was ist allein aus der deutschen Justitia geworden, seitdem sie sich Hitler zum Beschützer — man nennt die Sorte draußen „Luden“ — ausgesucht hat? Das Frauenzimmer darf ja nicht mucken! Sie muß alle Badpfeifen einsieden, die er ihr täglich verabreicht, und wenn sie mal in der Ludenkneipe einem Kerl ihr Leid klagt, dann lacht der bloß und sagt: „Du blödes Mensch, du lebst reene im Volkensududschheim, was noch, denkst, een „jöttliches objektives Recht“ liebt? In unserem Reich verlangt Hitler, unsa Fiehrer, daß wir parteiisch sind bis zum Äußersten — wafstheft? Un wenn id dir das fache, denn kanntest mir ooch flooben, denn in unsaren Reiche hier, in die Bude bin id Justizminister!“

Sie glauben, alter Freund, der Deutsche sei mir ein Greuel, weil er Nationalsozialist ist? Nein — der Nationalsozialist ist mir ein Greuel, obwohl er ein Deutscher ist! Ich hasse den Nationalsozialisten, weil er mir den Deutschen geraubt hat, an den ich vierzig Jahre geglaubt habe! Ich habe 1914 den deutschen Arbeiter ins Feld ziehen sehen, Abschied nehmen sehen von Frau und Kind und den Loospfiffen seines Herrn folgen: „Ich lenne keine Parteien mehr, nur Deutsche!“

Das neue Gesetz sieht in novelierten § 465 für die Schwangere, die ihre Frucht abtreiben läßt, im allgemeinen Gefängnisstrafe vor (also die leichtere Strafart). Aber im zweiten Absatz des § 466 werden folgende Fälle ausdrücklich straflos erklärt:

1. wenn ein Arzt durch den Eingriff eine Lebensgefahr oder Gesundheitszerstörung von den Schwangeren abwendet;
2. wenn ein Arzt mit Willen der Schwangeren in den ersten drei Monaten aus einem der folgenden drei Gründe sich zu dem Eingriff entschließt:
 - a) um die Geburt eines Kindes mit schweren körperlichen oder geistigen Gebrechen zu verhindern;
 - b) eines Kindes das unter gewissen außerordentlichen Umständen empfangen wurde (Notzucht, Blutschande usw.) und endlich;
 - c) eines Kindes, dessen Geburt die Schwangere oder ihre Familie in schwere wirtschaftliche Not versetzen würde.

Das Gesetz erkennt also die medizinische, eugenische und insbesondere die soziale Indikation weitgehend an. Zugleich ist lediglich ein Arzt als Helfer und nur bei Zuziehung eines solchen Straffreiheit anerkannt — ein wirkungsvoller Hieb gegen das mörderische Abtreibungsgewerbe der Pflücker und Pflückerinnen. Auch die Beschränkung auf die ersten drei Schwangerschaftsmonate wirkt gegen den Mißbrauch der Erleichterungen. Dagegen werden Eingriffe gegen den Willen der Schwangeren mit schweren Strafen bedroht (§ 466, Abs. 1: „... nicht unter drei Jahre Korrekthaus“).

Bemerkenswert ist, daß ein Regierungsentwurf aus dem Jahre 1930 vom Parlament als zu wenig durchgreifend zurückgewiesen und nach mehrfachen Abänderungen endlich im Dezember 1932 die vorstehenden Novellierungsbestimmungen mit den Stimmen der fortschrittlichen Parteien im Abstimmungsverhältnis 50:36 zum Gesetz erhoben wurden.

„Immer feste druff!“ „Nu wolln wir sie mal dreschen!“, und sehe heute dieselben Menschen, die mit der eisernen Ration im Tornister und einem Blanco-Wechsel auf's Eiserne Kreuz erster Klasse in der Tasche ins Feld gezogen sind, von der eigenen Blutdruckmeute verfolgt, gefoltert, gemordet! Eine Horde von Feiglingen, mit einem „lebenden Buddha“ an der Spitze, der nur zu allen Schandtaten seiner Priester mit dem Kopfe zu nicken hat — bei den Tibetern ist's ein Kind, im Reich ein Greis — regiert den Sumpf des „Dritten Reichs“ — nehmen Sie sich die Hänge, durchblättern Sie in irgendeiner Zeitung deren jüngste Sammelbände! Jeder einzelne ein gedrucktes Pantheon der Feigheit! Von der Ermordung Liebnechts und Rosa Luxemburgs über die Erbbergers und Rathenaus, über die Fememorde bis zu den Hitlermorden von gestern, heute und morgen: Feige, hinterlistige Mord! Lesen Sie die Polizeiberichte: „Täter geflüchtet“, „Täter unbekannt“, „Täter verschwunden, ehe Polizei zur Stelle“ usw. Und nie allein! Immer bandenweise! Aus dem Hinterhalt, durch Fenster und Türen, im Schlaf gemordet; durch falsche Angaben aus dem Haus gelockt — eine Pyramide von Feigheit, auf deren Spitze Hitler steht, und versichert: „Für alles, was für meine Bewegung geschieht, übernehme ich die Verantwortung!“

In diesen ganzen Jahren des Terrors auch nicht Einer, der nach dem Mord auf der Straße stehen geblieben wäre und gesagt hätte: „Ja, ich habe soeben diesen Marzisten hier getötet, weil er, meiner Ueberzeugung nach, ein Schädling des Volkes ist!“ Die feigen Köter sind nach jeder ihrer Heldentaten ausgerissen, haben sich versteckt, vor dem Richter verrochen, über die Grenze sich schmuggeln lassen, mit falschen Pässen, und in ihre Hundehütte sind sie erst zurückgekehrt, nachdem ihnen die Amnestie einen Knochen und Hitler eine Wurst hingehalten hat — so konnte schließlich der Fememörder Heines Polizeipräsident von Breslau werden —

Steigt Ihnen da nicht auch der Edel zum Hals hoch?

Und ganz so feige würden auch unsere jüden-deutschen Röier handeln, wenn sie nicht der tschechische Maulkorb am Beißer hindern würde! So können sie — vorläufig — nur heulen! Jämmerlich heulen! In geheimen Konventikeln aber, in den Kneipbuden der Hochschüler, an den Stammtischen der Nazibürger — da wird, in gedämpftem Ton über das Ziel gestültert: „Das jüden-deutsche Gebiet zu Groß-Deutschland! Hitler wird die Sache schon beschfeln! Fehlen bloß noch paar Tank und Bomben-Flugzeuge — dann kommt die Sache zum Klappen! Prost! Ex!“

Kein einziger von diesen jungen, kraft- und mutstropfenden arischen Jünglingen, die alle von Marcus Scävola, von Curtius, von Arnold Winkelried gelesen haben, ist aufgestanden und hat den Richtern zugerufen: „Ich belenne, kein Slave sein zu wollen, weil ich Deutscher bin; ich belenne, nur Deutschland als Vaterland anzuerkennen; ich wünsche und hoffe, daß Hitler, unser Führer, Jüdendeutschland befreit! Und wenn ein Scävola seine Hand opfern konnte, in dem er sie im Mutsoden verlorben ließ, so opere ich für meine Ueberzeugung meinen Kopf! Rehm! hn!“

Der mutige Röier durfte ungehindert nach Rom zurückkehren, und unser tschechischer Richter hätte vor dem Mut der Ueberzeugung vielleicht sein Varetz geäußert!

Aber unseren jüden-deutschen Felden ist Feld Siegfried das Vorbild, der die meisten seiner Heldentaten, im Ringkampf, Zielwurf, Speerwerfen und — im Beschlagen Bruchhildens, mit der Tornlappe auf dem Kopf vollbracht hat!

Hier Feigheit im Kleinen, dort im Reich Feigheit im Großen. Ohne mit der Wimper zu zucken, gibt der „Führer“ alle die Theorien, Drohungen, großmäuligen Tiraden, mit denen er den „Erbschind“ in seinem Buch „Mein Kampf“ zerschmettern wollte, in seiner Reichstagsrede preis!

Der Berg freiste, und gebar eine Maus; eine ängstliche, kleine Maus! Da die deutsche Frau gegen den Erbfeind nicht anstand, muß sie sich an wehrlosen Marzisten und Juden austoben — im Innern; fürs Ausland — also auch für den „Erbschind“ — will Hitler ja weiter nichts als den „Frieden auf Erden“ und er selbst „ein Wohligefallen den Menschen sein!“

Dann setzt er sich, mit sich selbst höchst zufrieden, an seinen schönen Reichsfanzlerisch und dekretiert: „Jede deutsche Bücherei hat mindestens 10 Exemplare meines Buches „Mein Kampf“ einzustellen.“

Wo bleiben da, lieber Freund, die „Lichtseiten“? ... Unus.

Gerichtssaal

Ein Auto raft in eine Abteilung Soldaten.

Weil der Chauffeur puffed.

Prag, 10. Juni. Infolge einer gewissenlosen Fahrlässigkeit des Chauffeurs Theodor Lipold kam es am 2. Dezember v. J. in Gbell zu einem schweren Unfall. Der Angeklagte fuhr mit seinem Auto mit großer Geschwindigkeit in der Mitte der Reichenberger Reichsstraße, wobei er nur mit einer Hand lenkte, während er mit dem andern Arm ein neben ihm sitzendes Mädchen umfaßt hielt. Er behauptet übrigens, diese Mitfahrerin nicht zu kennen und sie auf ihre Bitte hin aus Gefälligkeit mitgenommen zu haben. Er minderte die Geschwindigkeit seines Wagens auch nicht, als er einer Abteiluna Soldaten anständig wurde, die eben in Marschkolonne in das Tor der Filiegerkaserne einzwangte. Das Auto raft in voller Fahrt in die Reihen der Soldaten und durchbrach die Kolonne vollständig, wobei drei Soldaten schwer und sieben weitere leichter verletzt wurden.

Vor dem Senat des OBR. Sýkora der fahrlässigen Körperverletzung angeklagt, bestritt Lipold jede Schuld und verteidigte sich damit, daß sich durch einen unglücklichen Zufall die Tede, die er über den Anien trug, am Griff des Schalthebels verwickelt habe, wodurch das Unglück herbeigeführt worden sei. Auch stellte er in Abrede, nur mit einer Hand gelenkt zu haben. Da aber die Augenzeugen ihn stark belasteten, wurde er für schuldig befunden und zu drei Monaten strengen Arrestes verurteilt. Die Strafe ist unbeding. Die Anklage betont, daß das Unglück hätte viel ärger ausfallen können, wenn die Soldaten sich weniger geistesgegenwärtig benommen hätten.

Die lieben Nachbarn.

Empfindliches Schamgefühl.

Prag, 10. Juni. Im Dörchen Solnice bei Příbram leben die Nachbarfamilien Ródi und Rudroch in ewigem Janz und Streit. Es ist eine richtige, eingeleistete, bereits traditionell gewordene Bauernfeindschaft, die vor keiner Schikane des Gegners zurückzuckt. Jährt der eine der feindlichen Nachbarn verächtlich über die Heibede des andern — schon hat er eine Besichtigungsklage auf dem Hals; schwemmt ein Regenguß die Jauche des einen auf den Nachbarhof — schon läuft der freundliche Anrufer zum Gericht usw. usw.

Vor einiger Zeit haben die Rudroch den alten Rfíz wegen Vergehens der Erregung öffentlichen Aergernisses auf die Anklagebank gebracht. Der alte Mann wurde beschuldigt, die junge Frau des Nachbarsohnes durch unzüchtige Gebärden und Worte in ihrem Schamgefühl verletzt zu haben. Trotz eifrigem Bemühen der Hauptzeugen stand das Gericht der Sache skeptisch gegenüber und sprach damals den Angeklagten frei. Ueberdies war die Zeugenschaft der stillen Gefräukten so eigenartig gewesen, daß man sie wegen dringenden Verdachtes der falschen Zeugenaussage verfolge und auch schließlich anklage.

Darüber war natürlich bei den Rfízs große Freude und man beschloß, noch ein Uebiges zu tun. Und zwar beschuldigte diesmal nach dem Grundsatze „Aug um Aug“ Jahn um Jahn“ der vormals angeklagte alte Rfíz die vormalige Belastungszeugin seinerseits auch noch des gleichen Deliktes, nämlich der Erregung öffentlichen Aergernisses, um die Verderbtheit der Nachbarfamilie ins rechte Licht zu setzen. Er behauptete nämlich, daß die Frau Anna Rudroch eines Tages, als sie mit einem Korb Grünfutter auf dem Rücken von der Wiese heimging und ihn begegnete, zum Zeichen ihrer Verachtung sich umgedreht und ihm zweimal die entblößte Hinterfront gezeigt habe, wodurch er in seinem Schamgefühl aufs tiefste verletzt worden sei. So kam es, daß die Anna Rudroch vor dem Senat des OBR. Eraba nebst der Anklage wegen falscher Zeugenaussage sich auch noch wegen des angeblich verursachten Aergernisses zu verantworten hatte. Nach einer an erheitenden und drastischen Momenten reichen Verhandlung kaffte das Gericht auch in diesem Fall einen Freispruch. In der Urteilsbegründung heißt es: „Daß hinsichtlich der angeblich falschen Zeugenaussage eine Schuld nicht eindeutig nachzuweisen sei. Was aber das „Aergernis“ betreffe, so habe das Gericht erwogen, daß die Beschuldigte einen schweren Korb auf dem Rücken getragen habe, so daß die ihr zur Last gelegte schamlose Gebärde, auch wenn sie beachtet gewesen sei, wohl nicht in einer solchen Art habe glücken können, daß dadurch der eingeleigte Tatbestand erfüllt sei.“

